

Herr Kreysing, Sie haben kürzlich mit Blick auf die hohen Energiekosten vor Produktionsverlagerungen deutscher Unternehmen ins Ausland gewarnt. Fürchten Sie, dass Betriebe den Industriepark Höchst verlassen?

Unternehmen, deren Produktion sehr energieintensiv ist, haben teilweise bereits die Produktion heruntergefahren. Diese Firmen schauen sehr genau, wie sich die Energiekosten in Deutschland und Europa weiterentwickeln. Kritisch ist es insbesondere, wenn Unternehmen ein Produkt schon heute auch in anderen Ländern herstellen, zum Beispiel in den USA. Dann kann die Produktion schnell verlagert werden, da keine komplett neue Anlage gebaut werden muss. Das betrifft nicht das gesamte Spektrum der Betriebe im Industriepark, aber es betrifft einen Teil davon.

Konkret haben Sie gesagt, in Paris und Texas würde man über deutsche Standorte sprechen. In Paris sitzt Sanofi, in Texas Celanese, beides Unternehmen mit wichtigen Produktionsstätten im Industriepark Höchst. Welche Signale erreichen Sie denn von dort?

Die Signale aus Texas sind sehr klar. Man beobachtet die Situation in Deutschland genau. Dass zusätzlich zu den ohnehin schon sehr hohen Energiekosten jetzt auch noch in der Bundesregierung über eine Beendigung des Stromsteuerspitzenausgleichs diskutiert wird, die zu einer weiteren Erhöhung der Kosten beiträgt, ist ein weiteres verheerendes Signal. Wenn sich die Gesamtsituation im Bereich der Energiekosten nicht ändert, wird das zur Folge haben, dass Unternehmen Investitionen nicht mehr hier tätigen, sondern anderswo, und im Zweifelsfall auch Produktionskapazitäten verlagern.

Und was ist mit Sanofi?

Auch die Produktionsstätten von Sanofi stehen im internationalen Wettbewerb. Der Wettbewerb ist in der Pharmabranche aber weniger von den Energiepreisen getrieben als bei Chemieunternehmen.

Von denen es einige gibt im Industriepark. Über welche Größenordnung reden wir?

Das ist schwer zu quantifizieren. Direkt betroffen sind vielleicht zehn Prozent der Betriebe, das sind aber relative große Betriebe, sodass es insgesamt schon um circa 15 bis 20 Prozent der im Industriepark erwirtschafteten Umsätze geht. Darüber hinaus besteht die Gefahr einer Kettenreaktion: Wenn Betriebe abwandern sollten, dann müssten die im Industriepark anfallenden Fixkosten – beispielsweise für die Kläranlage – künftig auf eine kleinere Zahl von Unternehmen umgelegt werden. Für die wird es also teurer, und das kann in einen Teufelskreis münden, den wir an kleineren Chemiestandorten wie in Frankfurt-Griesheim schon erlebt haben. Was aber besonders problematisch ist: Chemiepark sind Verbundstandorte. Ein Teil der Unternehmen stellt Grundstoffe her, die dann von anderen für ihre Produktion verwendet werden, was preiswerter ist als der Import dieser Produkte. Wenn man aus diesem Kreislauf einzelne Bausteine herausreißt, sind am Ende weitaus mehr Betriebe betroffen als nur die besonders energieintensiven.

Lässt sich gegensteuern durch eine bessere Energieeffizienz?

Die Energieeffizienz ist in der Chemieindustrie, in der viel Energie benötigt wird, schon immer ein wichtiges Thema gewesen. Da sind die Optimierungsmöglichkeiten nicht mehr so groß. Energie war in Europa schon lange Zeit deutlich teurer als in den USA. Das galt auch zu Zeiten, als das Erdgas noch über russische Pipelines kam. Deshalb sind die Anlagen hierzulande in der Regel effizienter als in den USA, das sagen auch die Unternehmen selbst. Aber inzwischen ist der Unterschied bei den Stromkosten so groß, dass er sich durch die höhere



Spektisch: Infraser-Chef Joachim Kreysing nimmt wahr, dass schon jetzt Betriebe im Industriepark Höchst weniger am Standort investieren.

Foto: Michael Hinz

„Gefahr einer Kettenreaktion“

FRANKFURT Der Geschäftsführer von Infraser Höchst, Joachim Kreysing, befürchtet, dass Betriebe den Industriepark wegen hoher Energiekosten verlassen. Er wirbt für einen vergünstigten Strompreis für Teile der Chemiebranche.

Energieeffizienz nicht mehr kompensieren lässt.

Bevor tatsächlich Produktion verlagert wird, verschieben sich die Neu-Investitionen, die im Industriepark eine wichtige Kennzahl sind. Nehmen Sie wahr, dass in Höchst ansässige Betriebe weniger investieren?

Ja, das tun wir. In den vergangenen Jahren hat Infraser als Betriebsgesellschaft selbst viel Geld für die Optimierung der Infrastruktur in die Hand genommen. Allein in das neue Gaskraftwerk sind rund 300 Millionen Euro geflossen. Aber die Investitionstätigkeit der Unternehmen am Standort, insbesondere der energieintensiveren, hat leider stark nachgelassen. Mehr noch: Ich kenne eine Handvoll von Investitionsprojekten, die schon in der Pipeline waren und die jetzt gestoppt wurden.

Sind die Energiekosten der einzige Grund dafür?

Die Energiekosten sind das Hauptthema. Zwar spielen auch Überregulierung, die überbordende Bürokratie und lange Genehmigungszeiten bei Investitionsentscheidungen eine Rolle, aber das ist gegenüber dem Energiethema weniger ausschlaggebend. Die anderen Nachteile hat man so lange in Kauf nehmen können, weil die Infrastruktur sehr gut war und wir in Deutschland gut ausgebildete Arbeitskräfte haben. Natürlich müssen wir auch die anderen Probleme angehen, aber besonders dringlich das Thema der hohen Energiekosten.

Was halten Sie von dem Gedanken eines Brückenstrompreises, der gelten soll, bis es mehr Energie aus erneuerbaren Quellen oder auch Wasserstoff-Pipelines gibt?



Teure Energie: Industriebetriebe in Höchst klagen über Wettbewerbsnachteile am Standort Deutschland.

Foto: Lucas Böhm

Aus meiner Sicht ist der Brückenstrompreis zwingend erforderlich, und zwar für alle Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und bei denen die Strompreise einen so signifikanten Anteil an den Produktionskosten haben, dass sie hier nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Dabei ist es egal, ob es sich um kleine oder große Unternehmen handelt. Die

Bundesregierung hat alle Möglichkeiten, alle Unternehmen, die sich in dieser Situation befinden, zu unterstützen. Und auch für Industriebetriebe, die selbst zwar keine energieintensiven Unternehmen sind, aber eben für solche Betriebe die Energie bereitstellen, muss der Brückenstrompreis gelten.

Das ist sehr kompliziert und birgt die Gefahr, dass der Anreiz, die Energieeffizienz weiter zu steigern, verloren geht.

Das glaube ich nicht. Aktuell beläuft sich der Preis, der an der Strombörse gezahlt werden muss, auf 14 Cent pro Kilowattstunde. Zum Vergleich: In den USA liegt der Preis bei 4 Cent. Bei einem Industrie- oder Brückenstrompreis von 5 oder 6 Cent pro Kilowattstunde wären die Energiekosten für die Unternehmen also immer noch höher als in den USA. Aber mit einem Industrie-strompreis von 6 Cent pro Kilowattstunde ließe sich dieser Nachteil ausgleichen, weil wir in Europa mit der Energieeffizienz weiter sind. Der alternativ diskutierte Vorschlag, die Stromsteuer zu senken, hätte einen deutlich geringeren Effekt, etwas nur ein Fünftel. Dass der Strompreis aktuell so hoch ist, liegt vor allem an der politisch gewollten Verdreifachung des CO₂-Preises. Die steigenden Einnahmen, die mit der Auktion von CO₂-Zertifikaten erzielt werden, könnte man nutzen, um den Industrie-strompreis für diejenigen Unternehmen zu finanzieren, die aufgrund des europäischen Emissionshandelsystems international nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Wichtig ist, dass die Planungssicherheit erhalten – dafür müsste der Industriestrompreis mindestens bis zu dem Zeitpunkt festgelegt werden, an dem die Strompreise wieder sinken, weil ausreichende Mengen aus erneuerbaren Energie zur Verfügung stehen. Das wird frühestens Anfang der 30er-Jahre der Fall sein.

Sie könnten als Industriebetriebe aber auch weniger energieintensive Betriebe ansiedeln.

Wir haben schon länger eine breite Mischung auf unserem Gelände. Einen kleinen Teil der Fläche haben wir an Rechenzentrumsbetreiber verpachtet. Wir haben innovative Unternehmen angesiedelt wie Ineratec, einen Hersteller von klimaneutralen Kraftstoffen, und arbeiten mit Vulcan Energy zusammen, die klimaneutrales Lithium produzieren wollen. Aber insgesamt ließe sich ein Wegfall der energieintensiven Betriebe nicht einmal ansatzweise kompensieren. Zumal er eben auch die Verbundstruktur gefährden würde.

Aber kann ein gut funktionierendes Unternehmen einen Zeitraum von beispielsweise fünf Jahren nicht auch mal ohne Industriestrompreis gut überstehen?

Wenn es die Zuversicht und Sicherheit gäbe, dass in fünf Jahren der reguläre Strompreis wieder bei sechs Cent pro Kilowattstunde liegt, dann gäbe es wahrscheinlich einige Unternehmen, die solch eine Durststrecke mitmachen könnten. Aber diese Sicherheit ist ja nicht da. Die Entscheidungen über die Zukunft der Produktionsstandorte werden voraussichtlich sehr zeitnah getroffen, auch wenn einige Betriebe vielleicht noch einige Jahre hier produzieren, weil es eben etwas dauert, bis irgendwo andere Kapazitäten aufgebaut sind. Bei anderen wird die Verlagerung recht schnell gehen. Das wäre ein schlechter Prozess, der die Zukunft des Industrieparks Höchst und anderer Chemiestandorte bedroht.

Die Fragen stellten **Barbara Schäder** und **Daniel Schleidt**.

Zur Person

Joachim Kreysing ist seit 2015 Geschäftsführer von Infraser Höchst, der Betriebsgesellschaft des Industrieparks. Für den studierten Chemiker ist es bereits die zweite Station an dem Standort: 2003 war er Gründungs-Geschäftsführer von Infraser Höchst Technik, einer Tochtergesellschaft, die 2005 Teil des Bilfinger-Konzerns wurde. Bei Bilfinger bekleidete Kreysing von 2008 an verschiedene Funktionen außerhalb des Industrieparks, bis er 2015 nach Höchst zurückkehrte.

Die Industriegeschichte am Standort begann 1863 mit einer Teerfarbenfabrik, aus der mit der Hoechst AG eines der größten Chemieunternehmen Deutschlands entstand. Heute sind in dem 460 Hektar großen Park 90 Unternehmen mit rund 22.000 Beschäftigten angesiedelt, darunter die Deutschlandtochter des Pharmakonzerns Sanofi als einem der Nachfolger der Hoechst AG. Aus der Chemieparte von Hoechst entstand 1998 Celanese. Das Unternehmen ist inzwischen in US-Besitz, beschäftigt in Höchst und Sulzbach aber noch rund 1.300 Mitarbeiter. Insgesamt haben Betriebe im Industriepark seit dem Jahr 2000 rund 8,5 Milliarden Euro am Standort investiert.